

TÜRKEI

Gewerkschaftsmonitor

April 2021

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die Covid-Pandemie hat auch in der Türkei zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Lage und zu zunehmenden politischen Spannungen geführt. Zwar wird beständig über die Möglichkeit vorgezogener Parlaments- und Präsidentenwahlen diskutiert, Anzeichen dafür gibt es jedoch bisher nicht. Meinungsumfragen deuten an, dass das Regierungsbündnis aus AKP und MHP die absolute Mehrheit verloren und auch Staatspräsident Erdoğan nicht mehr über die Unterstützung durch mehr als die Hälfte der Wähler verfügt. Die Parteien des Oppositionsbündnisses haben einen Dialog mit den neu gegründeten Parteien von Ali Babacan und Ahmet Davutoğlu begonnen, die beide zuvor AKP-Spitzenpolitiker waren. In diesem Zusammenhang gibt es Szenarien, bei dem die Opposition nicht mit einem, sondern mit zwei Bündnissen in die kommenden Wahlen ziehen könnte. Diesem Szenario zufolge könnte die CHP ein Bündnis mit der HDP eingehen, während die Iyi Partei sich mit der Deva-Partei («Partei für Demokratie und Fortschritt») von Babacan und der Gelecek (Zukunfts-) Partei von Davutoğlu verbünden könnte. Hintergrund ist, dass die CHP für viele konservative Wähler, trotz aller politischen Neuorientierungen der vergangenen Jahre, nicht wählbar ist. Für die nationalistische Iyi Partei ist eine Kooperation mit der HDP äußerst schwierig, was jedoch auch für Teile der CHP-Basis gilt.

Anfang Oktober 2021 forderte der MHP-Vorsitzende Devlet Bahçeli, dass das Verfassungsgericht an das Präsidialsystem angepasst werden müsse. Bereits zuvor hatte die MHP mehrfach das Verfassungsgericht vor allem wegen einiger Urteile im individuellen Klageverfahren kritisiert. In diesem Verfahren prüft das Verfassungsgericht, ob nach Ausschöpfung des Rechtsweges ein Urteil im Einklang mit der Verfassung und den Menschenrechten steht. Beispielsweise im Falle des früheren CHP-Abgeordneten Enis Berberoğlu oder auch dem des früheren HDP-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş hatte das Verfassungsgericht Rechtsverletzungen festgestellt. Doch

in beiden Fällen wurde von den zuständigen Strafgerichten eine Korrektur des Rechtsverstößes zurückgewiesen. Welche Änderungen am Verfassungsgericht vorgesehen sind, bleibt zunächst offen. Staatspräsident Erdoğan begrüßte den Vorschlag Bahçelis und es wurde vereinbart, dass zunächst beide Bündnisparteien eigene Entwürfe erarbeiten sollen. Die Mitglieder des Verfassungsgerichts wiederum stehen unter einem beträchtlichen Druck.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die Covid-Pandemie hat die Türkei zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt getroffen. Die durch die Abwertung der Türkischen Lira (TL) im August/September 2018 verursachte Wirtschaftskrise war insbesondere im Hinblick auf den Arbeitsmarkt noch nicht überwunden. Geldpolitische Entscheidungen im Frühjahr 2020 sorgten zwar für eine kurzfristige, schnelle wirtschaftliche Belebung nach den starken Einschränkungen von März und April. Doch sie mündeten seit August 2020 in eine erneute Abwertung der Türkischen Lira, die durch die überraschende Zinspolitik der türkischen Zentralbank im Oktober erneut verstärkt wurde. Entgegen orthodoxer Theorien und den Markterwartungen wurden die Leitzinsen nicht erhöht. Die Folge ist ein erneuter Anstieg der Inflation. Durch die schwindende Kaufkraft und den Beschäftigungsrückgang werden sich für breite Bevölkerungskreise die Lebensbedingungen in den Wintermonaten weiter verschlechtern.

Zwar ist der offiziellen Statistik des Türkischen Statistikinstituts zufolge die Arbeitslosigkeit im Zeitraum Juni bis August 2020 auf 13,4 Prozent zurückgegangen, doch ist im gleichen Zeitraum auch die Beschäftigung um 1,254 Mio. gegenüber dem Vorjahreszeitraum gesunken. Dass sich dies nicht in der Arbeitslosenquote niederschlägt liegt daran, dass als arbeitslos nur gezählt wird, wer sich aktiv um eine Beschäftigung bemüht. Mit 761000 Personen war der Beschäftigungsrückgang bei Dienstleistungen am höchsten, gefolgt von der Industrie mit 361000 Stellen. In diese Zahlen sind die rund 2 Mio. Beschäftigten im unbezahlten Urlaub noch nicht eingerechnet.

Im Zuge der Maßnahmen zur sozialen Abfederung der Folgen der Pandemie wurde ein Kündigungsverbot erlassen. Arbeitgeber können stattdessen Beschäftigte in den unbezahlten Urlaub schicken. Diese erhalten dann ein monatliches Entgelt von 1 168 TL. Dieses Entgelt liegt deutlich unter der Grenze von 2 438 TL, wie sie vom Gewerkschaftsbund Türk İş als Untergrenze für die Ernährung einer vierköpfigen Familie ermittelt wurde. Eine Studie der CHP zufolge liegen die Einkommenseinbußen für die Beschäftigten im unbezahlten Urlaub zwischen 1 156 und 2 332 TL. Sollte ein Beschäftigter kündigen, so verliert er seine Abfindungsansprüche. Wiederum der CHP-Studie zufolge haben 71 Prozent der Betroffenen einen Bankkredit aufgenommen, um den Haushalt zu finanzieren.

Eine Studie der Bahçeşehir Universität zu den Auswirkungen der Covid-Pandemie auf die finanzielle Lage der Haushalte gibt an, dass das durchschnittliche Haushaltseinkommen von Februar bis September 2020 um 4,5 Prozent zurückgegangen ist. Lag der Anteil der Haushalte, die angaben, mit ihrem Einkommen kaum auszukommen, bei 3,2 Prozent, so ist er im September 2020 auf 10,1 Prozent gestiegen. 30 Prozent der Haushalte gab an, aufgrund der Pandemie Einkommensverluste erlitten zu haben. Unter den Selbständigen liegt dieser Anteil bei 44 Prozent. 42 Prozent der Befragten gaben an, Schulden aufgenommen zu haben. Ungefähr die Hälfte der Befragten glaubt, dass sich in Zukunft ihr Einkommen weiter verringern wird. Mehr als zwei Drittel der Haushalte geben außerdem an, dass sie mit ihren Ersparnissen maximal einen dreimonatigen Einkommensausfall verkraften können.

Verschärft wird der Einkommensverlust durch die hohe Inflation. Diese war bereits im Herbst 2018 aus dem Ruder gelaufen, als die Türkische Lira stark an Wert verlor. Durch die Erhöhung der Geldmenge und die erneute Schwäche der Türkischen Lira sah sich Ende Oktober 2020 die türkische Zentralbank veranlasst, ihre Inflationserschätzung für das laufende Jahr erneut anzuheben. Dabei ist die offizielle Inflationsstatistik sowohl im Hinblick auf ihre Aussagekraft als auch ihre Zuverlässigkeit hochgradig umstritten. Doch auch diese Daten weisen aus, dass seit einigen Jahren die Nahrungsmittelinflation deutlich über der allgemeinen liegt. Gerade die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen müssen einen überproportionalen Anteil ihres Einkommens für Nahrungsmittel aufwenden.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Das niedrige Organisationsniveau (etwa 14 Prozent) der türkischen Gewerkschaften liegt zum Teil an den restriktiven Rahmenbedingungen der gewerkschaftlichen Gesetzgebung. Andererseits liegt es aber auch daran, dass die Arbeiter_innen die Funktionen und Aufgaben der Gewerkschaften nicht genügend kennen. Dies stellte die jüngste Studie der Forschungsabteilung des gewerkschaftlichen Dachverbandes DISK fest. Bei den meisten regierungsnahen Gewerkschaften treten die Mitglieder gleichzeitig mit ihrer Position im Betrieb in die Gewerkschaft ein. Die Beiträge werden gesetzlich automatisch von ihren Gehältern abgezogen. Eine hohe Anzahl von Arbeitnehmer_innen hat keinerlei Einfluss in Prozessen der Mitbestimmung.

Der zunehmende politische Druck auf die Meinungsfreiheit lässt wenig Raum für die Artikulation gewerkschaftlicher Positionen in den staatlich gelenkten Medien. Vor allem das staatliche Fernsehen mit seinen Nachrichten ist meinungsbildend für einen Großteil der Arbeiter_innen. Nicht zuletzt aus diesem Grund konnten die Gewerkschaften bei der Bestimmung des Mindestlohns ihre Positionen nicht durchsetzen. Der neue monatliche Mindestlohn für 2020 wurde am Ende des Vorjahres auf 2 825,90 TL (rund 328 €) netto fixiert. Die Forderung von DISK lag bei 3 800 TL.

Auf der Agenda der oppositionellen Gewerkschaften stehen Forderungen wie die Wahrung der Rechte der im Ausnahmezustand entlassenen Angestellten, die Freilassung verhafteter Gewerkschafter_innen, die Aufhebung der Streikverbote und der Verbote gegen öffentliche Presseerklärungen etc. In der Zeit der Covid-Pandemie wurde besonders die Forderung, dass durch die Pandemie verursachten Krankheiten als Arbeitskrankheiten anerkannt werden sollten, von vielen Gewerkschaften mehrfach geäußert. Teilweise waren diese Forderungen erfolgreich. Weitere Forderungen der Gewerkschaftsverbände bestanden darin, die unbezahlten Urlaubsperioden zu beenden, Kündigungen in der Zeit der Pandemie zu verbieten und die Gehälter für durch die Pandemie verursachte Teilzeitarbeit sowie die Arbeitslosenunterstützung für Arbeitnehmer_innen, die aufgrund der Pandemie gekündigt wurden, zu erhöhen. Über diese Forderungen wurde in den Medien relativ wenig berichtet, aber sie fanden viel Unterstützung von der Gesellschaft. In manchen Fällen sind gesetzliche Verbesserungen zwar beschlossen worden, die Umsetzung dagegen war oftmals unbefriedigend.

Auch im Jahr 2020 gab es Streikverbote. Andere Formen der Arbeitskämpfe wurden verstärkt eingesetzt, um der umständlichen Bürokratie der Streikregelungen zu umgehen. Offizielle Streiks konnten kaum stattfinden, aber es wurde mehrfach versucht, Arbeitsproteste auf die Straße zu bringen. Demonstrationen zum 1. Mai wurden in 2020 offiziell aufgrund des Pandemieschutzes untersagt, obwohl die Regierungspartei mit ihren eigenen Aktivitäten gegen alle Verbote verstieß und zahlreiche Massendemonstrationen organisiert hatte.

Im Jahr 2020 hat die ISIG, eine Initiative gebildet aus NGOs und Gewerkschaften, 2 427 tödliche Arbeitsunfälle registriert. Die staatliche Statistik reflektiert dagegen nur eine wesentlich kleinere Opferzahl und wurde von den progressiven Akteuren als nicht glaubwürdig bewertet. Als Sektoren mit den höchsten tödlichen Unfällen werden in 2020 die Landwirtschaft, das Baugewerbe und das Gesundheitswesen angegeben.

Zu dem problematischen Thema Arbeitsbedingungen der Flüchtlinge haben sich alle türkischen Gewerkschaften nach wie vor noch nicht hinreichend aktiv eingebracht. Auch die sozialdemokratische Oppositionspartei CHP, die traditionell eine bessere Beziehung zu den Gewerkschaften hat, betont in ihrer Flüchtlingspolitik weiterhin vor allem das Thema von Rückkehrmöglichkeiten in die Heimatländer.

**GEWERKSCHAFTEN IN DER TÜRKEI –
FAKTEN UND DATEN**

HISTORISCHE ASPEKTE

Die Geschichte der Gewerkschaften in der Türkei beginnt Anfang der 50er Jahre. Die juristischen Grundlagen für die Gründung einer Gewerkschaft wurden 1947 gelegt. Fünf Jahre später gründete sich die TÜRK-İŞ (Konföderation türkischer Gewerkschaften) als erster Gewerkschaftsbund. Das dafür zugrunde gelegte Gesetz sah jedoch weder ein Recht auf Tarifverhandlungen noch ein Streikrecht vor. Die Position des Dachverbandes sollte über der Parteipolitik stehen und war eher regierungsfreundlich.

Drei Jahre nach dem Militärputsch von 1960 wurden die Gewerkschaftsgesetze Nr. 274 und 275 über Tarifverhandlungen, Streiks und Aussperrungen verabschiedet. Darin wurde das Recht auf Streiks und Tarifverhandlungen anerkannt, wodurch die Gewerkschaften in den 1960er und 70er Jahren gewachsen sind.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

In der Türkei gibt es eine strikte Unterscheidung zwischen »Arbeitern« und »Beamten«. Beide Kategorien arbeiten auf der Grundlage unterschiedlicher Gesetze (Nr. 4857 und Nr.657) und können sich gemäß unterschiedlicher Gesetze (Nr. 6356 und Nr. 4688) auch nur entweder in »Arbeitergewerkschaften« oder in »Beamtengewerkschaften« organisieren. Der größte Unterschied im Arbeitsrecht zwischen Arbeiter_innen und Beamt_innen ist die größere Beschäftigungssicherheit von Beamt_innen, die jedoch mit einem Streikverbot einhergeht.

Die TÜRK-İŞ ist weiterhin der größte Gewerkschaftsbund der Türkei, obwohl ihr Anteil von 71 Prozent auf 55 Prozent zurückging.

Die Konföderation der Revolutionären Gewerkschaften (DİSK) wurde 1967 nach einem Streik in einer Glasfabrik gegründet, der zur Spaltung innerhalb des TÜRK-İŞ geführt hatte. Die DİSK steht der »klassenorientierten Gewerkschaftstradition« nahe und verortet sich klar im linken Lager. Nach dem Militärputsch von 1980 hat DİSK einen großen Teil seiner Mitglieder an TÜRK-İŞ verloren, da sie bis 1991 verboten war. Die beiden DİSK Mitgliedsgewerkschaften Genel-İş und Birleşik Metal-İş machen über 74 Prozent der Gesamtmitgliederzahl aus. Nur drei der 22 Mitgliedsgewerkschaften sind autorisiert zum Abschluss von Tarifverträgen.

1976 wurde die Konföderation der »wahren« Arbeitergewerkschaften HAK-İŞ gegründet, die für einen nicht-konfrontativen Kurs und einvernehmliche Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmer_innen steht. Im Vergleich zu DİSK konnte die HAK-İŞ ein Jahr nach dem Putsch, also bereits 1981, ihre Arbeit wieder aufnehmen. Die Führung von HAK-İŞ favorisiert gewerkschaftliche Arbeit, die auf sozialem Dialog basiert und sie ist stolz, dass in jüngerer Zeit das Konzept weitgehende Akzeptanz in der Arbeiterbewegung findet. Durch die »ideologische« Nähe zu der Regierungspartei AKP kann man ihr rapides Wachstum insbesondere ab 2010 erklären.

In den 1980er Jahren gab es zwar immer noch keinen geeigneten rechtlichen Rahmen für gewerkschaftliche Aktivitäten der Staatsbediensteten, aber mit Berufung auf maßgebliche internationale Übereinkommen zur Vereinigungsfreiheit forderte man das demokratische Recht auf Gründung von Gewerkschaften ein. Den Anfang machten dabei in den frühen 90er Jahren die Lehrer_innen und die Angestellten der Kom-

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in der Türkei

| Dachverband | Vorsitz / stv. Vorsitz | Mitglieder | Internationale Mitgliedschaften |
|---|---|------------|---------------------------------|
| Türkiye İşçi Sendikaları Konfederasyonu, TÜRK-İŞ (Konföderation türkischer Gewerkschaften) | Ergün Atalay | 1 131 749 | EGB, IGB |
| Hak İşçi Sendikaları Konfederasyonu, HAK- İŞ (Konföderation der »wahren« Arbeitergewerkschaften) | Mahmut Arslan | 711 295 | EGB, IGB |
| Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu, DİSK (Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaft) | Arzu Çerkezoğlu | 193 866 | EGB, IGB |
| Memur Sendikaları Konfederasyonu, MEMUR-SEN (Konföderation der Beamtengewerkschaften) | Ali Yalçın | 1 013 920 | |
| Türkiye Kamu Çalışanları Sendikaları Konfederasyonu, KAMU-SEN (Konföderation der Öffentliche Arbeitergewerkschaften der Türkei) | Önder Kahveci | 426 100 | |
| Kamu Emekçileri Sendikaları Konfederasyonu, KESK (Konföderation der Gewerkschaften der öffentlichen Arbeitnehmer) | Mehmet Bozgeyik/ Aysun Gezen (Co-Vorsitzende) | 137 242 | EGB, IGB |

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in der Türkei

| Branchenverband / Gewerkschaft | Dachverband | Vorsitz / stv. Vorsitz | Mitglieder | Internationale Mitgliedschaften |
|---|-------------|------------------------|------------|--|
| Hizmet-İş Sendikası, Hizmet-İş (Dienstleistungsgewerkschaft) | Hak-İş | Mahmut Arslan | 238 666 | PSI, EPSU |
| Türk Metal Sendikası, Türk Metal (Türkische Metallgewerkschaft) | Türk-İş | Pevrul Kavlak | 209 529 | IndustriAll, IndustriAll Europe |
| Türkiye Genel Hizmetler İşçileri Sendikası, Genel-İş (Türkische Gewerkschaft der allgemeinen Dienstleistungsarbeiter) | DİSK | Remzi Çalışkan | 114 068 | PSI, EPSU |
| Türkiye Belediyeler ve Genel Hizmetler İşçileri Sendikası, Genel-İş (Türkische Gewerkschaft der kommunalen und allgemeinen Dienstleistungsarbeiter) | Türk-İş | Nihat Yurdakul | 97 760 | PSI, EPSU, IndustriAll, IndustriAll Europe |
| Türkiye Ticaret, Kooperatif, Eğitim, Büro ve Güzel Sanatlar İşçileri Sendikası, Tez-Koop-İş (Gewerkschaft für Handel, Genossenschaft, Bildung, Büro und bildende Künste der Türkei) | Türk-İş | Haydar Özdemiroğlu | 107 823 | UNI, UNI Europa |

munen. Auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung wurde ein Rat zur Gründung eines Dachverbandes der Beamtengewerkschaften eingesetzt, der in einer Reihe landesweiter Demonstrationen, Märschen, Hungerstreiks und Arbeitsniederlegungen für das Recht auf Vereinigung und Tarifverhandlungen kämpfte. 1995 trugen diese Anstrengungen Früchte mit einer Verfassungsänderung, die Staatsbediensteten das Recht auf Vereinigung gewährte.

In den 1990er Jahren entstanden dann die drei gegenwärtig größten gewerkschaftlichen Dachverbände der öffentlich Bediensteten: Türkiye KAMU-SEN (1992), KESK (1995) und MEMUR-SEN (1995). Die Beamtengewerkschaften teilen sich ebenfalls entlang ideologischer Fronten. Türkiye Kamu-Sen steht der Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) nahe, KESK ist links und Memur-Sen steht der AKP nahe. Derzeit gibt es laut offiziellen Angaben von 2020 ca. 2,6 Mio. Beamt_innen in der Türkei.

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) lehnte 2006 und 2011 zwei Mal den Mitgliedschaftsantrag von Memur-Sen ab, weil die Unabhängigkeit von Memur-Sen als Gewerkschaft als zweifelhaft angesehen wird. Während des Ausnahmezustandes von Juli 2016 bis Juli 2018 wurden knapp 126 000 Beamt_innen entlassen. Ein Bericht der KESK von 2017 stellt fest, dass 67 Prozent der entlassenen Beamt_innen Gewerkschaftsmitglieder waren. Die oppositionelle und regierungskritische KESK litt seit 2012 unter Verhaftungen und Gerichtsverhandlungen. 2012 wurden 72 KESK-Mitglieder und Funktionäre mit der Anschuldigung, Kontakt zur PKK zu haben, verhaftet. Ein Jahr später wurden sie alle entlassen, doch das Verfahren dauerte bis 2017 an. Nach einem KESK-Bericht wurden während des Ausnahmezustandes 66 KESK-Mitglieder und Funktionäre verhaftet, 4 218 haben ihre Arbeit verloren.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Während der Militärdiktatur zwischen 1980 und 1983 wurden zwei sehr einschränkende Gewerkschafts- und Tarifvertragsgesetze erlassen, die ab 1983 in Kraft traten. Durch dieses Gesetz wurde es viel schwieriger, Gewerkschaftsorganisationen in neuen Unternehmen aufzubauen, wodurch auch der Organisationsgrad der Gewerkschaften ständig fiel. Erst durch den Druck der Gewerkschaften, der EU und der ILO kam es zu einer Debatte über ein neues Gewerkschaftsgesetz.

Das neue Tarifvertragsgesetz von 2012 beinhaltet einige Fortschritte wie beispielsweise bei der Gründung von Gewerkschaftsorganisationen sowie internen Funktionen von Gewerkschaften. Jedoch blieben viele Einschränkungen des früheren Gesetzes wie zum Streikrecht erhalten. Durch dieses Gesetz ist die Bevollmächtigung zu Tarifverhandlungen für neu organisierte Gewerkschaften nach wie vor schwierig. Weiterhin benötigt man für die Vollmacht zu Tarifverhandlungen eine Mindestmitgliedschaft von 50 Prozent der Belegschaft bei einem Unternehmen. Bei Unternehmen mit mehreren Betriebsstätten wurde es auf 40 Prozent gesenkt. Nicht nur die einzelnen Hürden wie die Autorisierung zu Tarifverhandlungen sind problematisch, sondern der ganze Mechanismus selbst. Auch wenn eine Gewerkschaft beide Hürden überwindet, beim Ministerium die Autorisierung beantragt und diese dann auch erhält, kann der Arbeitgeber dagegen klagen. Gewerkschaften sind nicht berechtigt zu Tarifverhandlungen bevor das Gericht entscheidet, was durchaus ca. zwei Jahre dauern kann.

Beamt_innen erhielten durch die Änderungen des Gesetzes zu staatlichen Arbeitgebervereinigungen und Tarifverträgen

Tabelle 3
Verbotene Streiks der letzten 15 Jahre (2003–2019)

| Jahr | Unternehmen | Teilnehmerzahl | Gewerkschaft |
|---------------|--|----------------|--|
| 2003 | Petlas | 350 | Petrol-İş |
| 2003 | Şişecam | 5000 | Kristal-İş |
| 2004 | Şişecam | 5000 | Kristal-İş |
| 2004 | Pirelli, Goodyear, Bridgestone | 5000 | Lastik-İş |
| 2005 | Erdemir Mining | 400 | T.Maden-İş |
| 2014 | Şişecam | 5800 | Kristal-İş |
| 2014 | Çayırhan and Çollolar Coal Mines | 1500 | T. Maden-İş |
| 2015 | Turk Employers Association of Metal | 15000 | Birleşik Metal-İş |
| 2017 | Asil Steel | 600 | Birleşik Metal İş |
| 2017 | Employers of Electromechanical Metal | 2200 | Birleşik Metal İş |
| 2017 | Akbank | 14000 | Banksis |
| 2017 | Şişecam | 6500 | Kristal-İş |
| 2017 | Mefar Pharmaceuticals | 500 | Petrol-İş |
| 2018 | Turkish Employers Association of Metal industries (MESS) | 130000 | Türk Metal, Birleşik Metal ve çelik-İş |
| 2018 | Soda Sanayi A.Ş. | 540 | Petrol-İş |
| 2019 | İzban | 343 | Demiryol İş |
| 2020 | Soda Sanayii A.Ş. | 557 | Petrol_İş |
| Gesamt | | 193290 | |

Nr. 4688 erstmals das Recht auf Kollektivverhandlungen. Seitdem wurde alle zwei Jahre ein Tarifvertrag unterzeichnet. Die Verhandlungen sind auf einen Monat begrenzt und das Streikverbot für Beamt_innen besteht fort. Wenn sich beide Seiten während der Verhandlungen nicht einigen können, fällt eine spezielle Schiedsstelle die Entscheidung. Die Regierung bestimmt die meisten Mitglieder dieser Schiedsstelle.

Nach dem Militärputschversuch vom Juni 2016 wurde das Streikrecht weiter eingeschränkt. Auf Druck der Opposition hob das Verfassungsgericht 2014 das generelle Streikverbot im öffentlichen Nahverkehr und dem Bankwesen auf. Doch dieses wurde durch eine Ausnahmezustandsverordnung im November 2016 wieder einkassiert. Dementsprechend kann die Regierung Streiks beim öffentlichen Nahverkehr und Bankwesen verbieten, wenn sie eine »Gefährdung der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität« darstellen.

Seit Anfang 2017 hat die Regierung sieben Streiks von 150 000 Beschäftigten verboten. Aufgrund der steigenden Zahl von Streikverboten und der Inhaftierung von Gewerkschaftsfunktionären wurde die Türkei auch in 2020 vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) als eines der zehn Länder mit den schlechtesten Bedingungen für Beschäftigte bezeichnet. Die Repressionen trafen nicht nur die Gewerkschaften, sondern alle progressiven und demokratischen Kräfte des Landes.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Gewerkschaften in der Türkei haben zwei unterschiedliche Gesetzesrahmen: einen für den privaten Sektor und einen für den öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaften agieren in diesem Kontext je nach ihrer ideologischen Überzeugung. Die Türkei hat keinen Einzeldachverband und die Zersplitterungen schwächen die Gewerkschaften sowohl auf Branchen- als auch auf Betriebsebene. Sie erreichen es kaum, die gesetzlichen Hürden zu überwinden, um tariffähig zu sein.

In der Türkei ist es gesetzlich nicht möglich, Betriebsgewerkschaften oder Berufsgewerkschaften zu gründen. Der Staat bestimmt 20 Branchen und jede_r Arbeitnehmer_in im privaten Sektor ist zu einer dieser Kategorien zugeordnet. Arbeitnehmer_innen dürfen nicht bei den Gewerkschaften aus anderen Branchen Mitglied werden. Die Mitgliedschaften sind im Kontrast zu den Datenschutzprinzipien nur durch ein Online-System über den Staat zu registrieren.

Weil es in der Türkei keine gesetzlichen Betriebsräte gibt, bereiten die Gewerkschaften die Tarifverträge sehr umfangreich vor und die Verhandlungen können lange dauern. In den Fällen, bei denen die Arbeitgeber einen Verband gründen und zusammen agieren, können die Gewerkschaften

Gruppenverträge verhandeln und – wenn es dazu kommt – Gruppenstreiks organisieren. In den meisten Fällen reichen die Kapazitäten der Gewerkschaften nicht aus, um die Arbeitnehmer_innen aus kleinen Betrieben zu organisieren. In der Türkei haben rund 60 Prozent aller Betriebe eine Belegschaft von weniger als 50 Personen.

Die unabhängigen und eher links verorteten Gewerkschaften in der Türkei äußern sich öfter zu wichtigen gesellschaftspolitischen Themen. Sie spielen fast immer eine Rolle bei politischen Massenbewegungen wie z. B. Demonstrationen am 1. Mai, Friedensbewegungen oder den Gezi-Protessen. Die regierungsnahen TÜRK-İŞ mit der größten Zahl von Mitgliedern im privaten Sektor, die eher im Mainstream agiert, engagiert sich eher unpolitisch und besonders bei den Privatisierungen öffentlicher Unternehmen.

Offiziell sind alle Gewerkschaften Mitglied des staatlichen »Sozial- und Wirtschaftlichen Rates«. Dieser ist aber erst wenige Male zusammengetreten und bleibt ein ineffizienter Mechanismus des sozialen Dialogs.

Die internationale Arbeit der türkischen Gewerkschaften geschieht meistens über ihre Dachverbände. Es existiert eine Zusammenarbeit mit der ILO, den EU-Institutionen oder seltener eine branchenspezifische internationale Zusammenarbeit. Trainingsmaßnahmen und Weiterbildungen für die Mitglieder sind die Aufgaben der Branchengewerkschaften.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Zwischen Januar 2013 und Januar 2021 stieg die Zahl der Arbeitergewerkschaftsmitglieder von knapp 1 Mio. auf 2,1 Mio. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil organisierter Beschäftigter an der Gesamtbeschäftigung von 9,2 Prozent auf 14,4 Prozent. Der Anstieg der Mitgliederzahlen änderte auch die Gewerkschaftslandschaft. Der Anteil von HAK-İŞ stieg von 16,6 Prozent auf 34,3 Prozent und im Gegensatz dazu fiel der Anteil von Türk-İŞ von 70,8 Prozent auf 54,6 Prozent und von DİSK von 10 Prozent auf 9, Prozent. Mit den gewerkschaftlich organisierten 1,7 Mio. Beamt_innen sind knapp 3,7 Mio. Menschen Mitglied in einer Gewerkschaft bei einer Gesamtbeschäftigung von 20 Mio. Menschen. Trotz aller Hindernisse zeigt sich hier das Potenzial und die Machtressourcen der Gewerkschaften. Es gibt einige Beispiele, bei denen die Arbeiter_innen und Gewerkschaften Druck auf die Regierung ausgeübt und sie zu einer umfangreichen De-Privatisierung gezwungen haben, die nahezu eine Million Beschäftigte bei öffentlichen Arbeitgebern betraf.

Wenn wir aber allgemein den politischen Einfluss der Gewerkschaften nach dem Grad der Veränderungen von Regierungsverhalten bemessen, stellen wir fest, dass ihr Einfluss in den 1990er Jahren stärker war. Im Zeitraum von 1989–1995 reagierten die Gewerkschaften auf die gewerkschaftsfeindliche Politik und Konjunkturprogramme der Regierung mit Großdemonstrationen, Märschen und Streiks. Weiterhin gehören die DİSK, KESK und zum Teil die Türk-İŞ zu den oppo-

sitionellen Kräften in der Türkei. HAK-İŞ sowie die beiden Beamtengewerkschaften Memur-Sen und Kamu-Sen sind auf »Regierungslinie«.

Innergewerkschaftliche Rivalitäten sind stark ausgeprägt und zwar nicht nur zwischen Mitgliedsorganisationen verschiedener Gewerkschaftsbünde, sondern auch innerhalb desselben Dachverbandes. Sehr unwahrscheinlich ist daher auch eine Fusion von Gewerkschaften derselben Branche angesichts tief verwurzelter Differenzen zwischen den Gewerkschaftsbünden.

Felix Schmidt, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Türkei, Istanbul

Cihan Hüroğlu, Projektkoordinator im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Istanbul

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de
www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.